Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933
1927

15.11.1927 (No. 266)

Visual Library

№ 266 Dienstag, den 15. November 1927 170. Jahrgang

Expedition: Karlfriedrichstraße Nr. 14 Fernsprecher: Nr. 953 und 954 Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 3515

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil und den Staatsanzeiger: Chefredakteur C. Amend, Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3.— RM. einschl. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pfg. — Samstags 15 Pfg. — Anzeigengebühr 14 Pfg. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tariffester Rabatt, der als Kassenrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlfriedrichstraße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Beitreibung, und Konkursverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Aussperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfange oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsschluß erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags

Kritisches zur Elektrifizierung der Deutschen Reichsbahn

Im Anschluß an die letzten Bestellungen der Deutschen Reichsbahn auf neue elektrische Lokomotiven und Triebwagen ist vielfach davon gesprochen worden, daß die Reichsbahn „schon" über 321 elektrische Lokomotiven und 31 Triebwagen verfüge, daß „doch bis jetzt schon" 976 Kilometer Fernstrecken elektrisch ausgerüstet seien, wozu noch einige Vorortlinien kommen, so daß Deutschland „bereits" über 1100 Kilometer elektrifizierte Vollbahnstrecken verfüge. Ein kritischer Aufsatz des „Elektrotechnischen Anzeigers" meint dazu mit Recht, daß diese absoluten Ziffern, so erfeulich sie an sich seien (vor allem für die dadurch bevorzugten Gebiete), als Urteilsfaktor sehr wenig zu bedeuten hätten. Zahlen, die wirklich ein Urteil ermöglichten, ließen sich erst durch einen Vergleich mit anderen wichtigen Ländern mit nennenswertem elektrischem Eisenbahnbetrieb gewinnen. Unter diesem brauchbaren **Gesichtswinkel der Verhältniszahl** zeige sich, daß es **unrichtig** sei, mit dem Stand der deutschen Vollbahn-Elektrifizierung selbstzufrieden schlafen zu gehen, da Deutschland — eines der mit Wasserkräften gesegnetsten Länder — mit seiner Vollbahn-Elektrifizierung unter seinen Wettbewerbern **erst an fünfter Stelle** komme.

Die betreffende Zusammenstellung ergibt das folgende lehrreiche Bild:

Land	Vollbahnnetz km	davon elektrifiziert	Verhältnis	Wertziffer
Schweiz	3 000	1000 vollendet (weitere 630 im Umbau)	3 : 1	I
Schweden	16 000	1200	13 : 1	II
Italien	16 500	1100 vollendet (weitere 800 im Umbau)	15 : 1	III
Frankreich	42 000	900	46 : 1	IV
Deutschland	53 000	1100	48 : 1	V
England	32 000	600	53 : 1	VI
Ver. Staaten	380 000	2300	165 . 1	VII

Der Vergleich zeigt die sehr weiten Abstände, die hinsichtlich der Vollbahn-Elektrifizierung zwischen den verschiedenen damit beschäftigten Ländern bestehen. Die Schwankungen sind ganz außerordentlich, selbst dann, wenn man von den Vereinigten Staaten, die ja eigentlich ein Erdteil sind, als Vergleichsland absieht. Auch innerhalb **Europas** ergeben sich gewaltige Unterschiede. Die einzelnen Ziffern gestatten geradezu, innerhalb der angeführten europäischen Staaten einzelne Gruppen zu bilden, deren Vergleichsziffern sich einander nähern. Eine Sondergruppe bildet die **Schweiz**, die bereits ein Drittel ihres ganzen Netzes elektrisch betreibt und mit den im Bau befindlichen Strecken binnen kurzem der Umwandlung des zweiten Drittels entgegensteuert. Zur zweiten Gruppe gehören **Schweden** mit 13 : 1 und **Italien** mit 15 : 1, also auch bereits weit vorgeschrittener Entwicklung. In recht weitem Abstand folgt dann die dritte Gruppe, in der **Frankreich** mit dem Verhältnis 46 : 1, **Deutschland** 48 : 1 und **England** mit 53 : 1 sich zusammenfinden. Die deutsche Elektrifizierung wird von der französischen noch um ein weniges übertroffen. Das Verhältnis würde aber weit ungünstiger für Deutschland sein, wenn man bei seinen 1100 Kilometer elektrifizierter Bahnen die **Vorortstrecken** ausscheiden und es bei den **nicht ganz 1000** Kilometer umfassenden **Fernstrecken** lassen würde. In diesem Falle käme Deutschland ungefähr auf den englischen Stand.

Die Stelle, die Deutschland heute einnimmt, entspricht seinem Reichtum an natürlichen ausnutzbaren Wasserkräften, mit denen es weiter vorn marschiert, **keineswegs**. Natürlich haben Krieg und Nachkriegszeit stark verzögernd auf die ganze Entwicklung der Elektrifizierung gewirkt, aber unter ähnlichen Einflüssen standen und stehen auch andere vom Krieg betroffene Länder, die heute vor Deutschland rangieren. Man ist in Deutschland an die Elektrifizierung im großen von vornherein langsamer herangegangen, teilweise wohl aus militärischen Gründen (deren Haltlosigkeit sich aber im Kriege wohl aus militärischen Gründen (deren Haltlosigkeit sich aber im Kriege deutlich gezeigt hat). Vorbildlich ist die Entwicklung in der Schweiz, die mit der beschleunigten Elektrifizierung nicht nur einen ungeheuren reisetechnischen und betriebswirtschaftlichen Vorsprung erzielt, sondern gleichzeitig durch großzügige Arbeitsbeschaffung einer inneren Industriekrise entgegengewirkt hat, eine Möglichkeit, an der man in Deutschland leider ziemlich passiv vorübergegangen ist. In der Schweizer Elektrifizierung sticht vor allem der **systematische Ausbau** hervor, von dem bei uns wenig zu merken ist. Zuerst kamen die tunnel- und steigungsreichen Gebirgsbahnen, d. h. die Nord-Süd-Richtung als Träger des Hauptverkehrs, an die Reihe, danach erst die Flachbahnen und die Ost-West-Richtung als Verkehrsader zweiten Grades. In **Deutschland** ist man heute der Meinung, daß der letztgenannte Verkehr als Wettbewerb gegen die Basel-Arlberg-Linie zu bevorzugen sei und daß selbst sekundäre Strahllinien aus der deutschen Orientlinie wichtiger seien als die große **deutsche Konkurrenzstrecke** gegen die westlichen **Inflationsbahnen**, also die **Rheinhauptbahn**, die den Verkehr von England und Holland durch das Rheinland, Hessen, Baden und Württemberg nach Basel und über den Schwarzwald nach dem Bodensee und der Schweiz aufnimmt, und die als **wichtigste Wirtschaftslinie auch immer mehr Hauptverkehrsträger als die Ost-West-Route sein wird.**

Die Ausführungen des kleinen Artikels sind sehr beherzigenswert.

Fortführung der Etatberatungen. Die in Berlin anwesenden Mitglieder des Reichskabinetts führten am Montag die Beratungen über den Reichsetat für 1928 fort, die Ende voriger Woche begonnen wurden. Die Besprechungen werden in den nächsten Tagen weitergehen.

Berliner Tagesbericht

(Eigener Bericht der „Karlsruher Zeitung")

Die Lebensdauer des Reichstags

M. **Berlin**, 15. Nov. (Priv.-Tel.).

Während die Linkspresse immer entschiedener auf Grund der Ergebnisse der Wahlen in Hessen, Bremen und Danzig, die Auflösung des Reichstags fordert, wendet sich heute die „Deutsche Tageszeitung" unter der Überschrift „Der Zwang zum Schaffen" sehr entschieden gegen diesen Gedanken. Sie ist allerdings, soweit wir sehen können, das bisher einzige Organ, das in dieser Weise gegen eine vorzeitige Anberaumung der Wahlen Stellung nimmt. Zur Begründung fügt sie an, daß

die großen gesetzgeberischen Aufgaben

noch in den Anfängen stecken und unter allen Umständen erledigt werden müssen. Das gelte sowohl vom Reichsschulgesetz wie von der Besoldungsreform und dem Liquidationsschädengesetz, aber auch vom neuen Strafrecht, das übrigens am meisten gefährdet ist, da selbst bei einer natürlichen Lebensdauer des Reichstags kaum noch angenommen wird, daß es mit seiner großen Menge von Paragraphen und schwierigen Problemen erledigt werden kann.

Die Presse der Mittelstandsparteien verhält sich zu dieser Frage sehr ruhig und vermeidet offensichtlich Kommentare, so lange sie den Gang der politischen Arbeiten nicht übersehen kann. Eine der schwierigsten Fragen, die augenblicklich zwischen den Parteien sehr stark erörtert wird, ist das Anwachsen der Splittergruppen, die fast überall im Vormarsch begriffen sind und sehr leicht zu einer Arbeitsunfähigkeit des kommenden Reichstags führen können, weil durch sie die Mehrheitsbildung sehr erschwert wird. Es ist aber nicht anzunehmen, daß irgendeine Wahlrechtsreform auch nur versucht werden wird.

Daß die „Deutsche Tageszeitung" mit ihrem Artikel nicht im Recht ist, geht daraus hervor, daß sich der Ältestenrat des Reichstags wahrscheinlich in seiner heutigen Sitzung mit der Anregung beschäftigen wird, den Wiederbeginn der politischen Tätigkeit des Plenums, der am 22. November stattfinden sollte, zu vertagen und zwar mit der Begründung, daß die Arbeiten in den Kommissionen noch nicht so weit vorgeschritten sind, um die Vorlagen wieder an das Plenum zu bringen. Es würde dadurch möglicherweise ein Mangel an Beratungsstoff eintreten, weil ja der Etat, die Hauptaufgabe des Reichstags, erst den Reichsrat passieren muß.

Die Maßnahmen gegen die russische Opposition

WTB. **Moskau**, 15. Nov. (Tel.) Gestern wurde ein Beschluß der Zentralkommission und des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Sowjetunion veröffentlicht, wonach **Kamenew, Rakowski, Smilga, Jewdokimow** und **Awdejew** aus dem Zentralkomitee und **Muralow, Bakajew, Schlowski, Peterson, Solowjew** und **Lisdin** aus der Zentralkommission **ausgeschlossen** werden. Ferner werden die Genannten von leitenden Posten in der Partei und in den Sowjetorganen entfernt und gleichzeitig ebenso wie **Radek** gewarnt, daß die Frage der Vereinbarung ihrer fraktionellen Tätigkeit mit ihrem weiteren Verbleiben in der Partei dem 15. Parteikongreß zur Prüfung unterbreitet werden wird. **Trotzki** und **Sinowjew** werden **aus der Partei ausgeschlossen** als Hauptführer der gesamten parteifeindlichen Tätigkeit, die offensichtlich in sowjetfeindliche Tätigkeit übergehe und die Diktatur des Proletariats untergrabe.

Der Beschluß betont, daß, sowohl den Oppositionsführern in der vor dem Zusammentritt des Kongresses eröffneten Diskussion die volle Möglichkeit geboten war, sowohl in der Presse als auch innerhalb der Parteiorganisation ihre Anschauungen zu verfechten, weder **Trotzki** noch **Sinowjew** es für nötig erachteten, hervorzutreten, sondern fortfuhren, illegale Versammlungen zu veranstalten sowie in öffentlichen Versammlungen Reden gegen die Kommunistische Partei der Sowjetunion und gegen die Sowjetmacht zu halten. Der Beschluß erinnert u. a. daran, daß am 10. Jahrestage der Oktoberrevolution die Oppositionsführer, anstatt auf die gemeinsame Tribüne im Leninmausoleum zu kommen, um die Demonstranten zu begrüßen, versuchten, Straßenkundgebungen gegen die Partei zu organisieren. Ferner hätten sie parteifeindliche Flugblätter ausgestreut und ausgehangen, an der Partei und der Sowjetmacht fremd gegenüberstehende Elemente appelliert, Räumlichkeiten besetzt, wobei sie den Sowjetkommandanten ablösten und eine bewaffnete Wache aufstellten, wodurch sie den Rahmen der Rechtsnormen der Sowjets überschritten hätten und offen zum Sprachrohr eines Regimes von der proletarischen Diktatur feindlich gegenüberstehenden Kräften geworden seien.

Der reparationspolitische Ausschuß soll durch eine Anzahl von Parlamentariern ergänzt werden. Wie aus Berlin mitgeteilt wird, lautet die richtige Liste der in Frage kommenden Mitglieder des Reichstages wie folgt: Dr. Hilferding, Dr. Dernburg, Brüning, Dauch, Quaatz, Dr. Bredt und Leicht.

* Die Wahlen vom Sonntag

Am Sonntag haben **Landtagswahlen** in **Hessen**, Bürgerschaftswahlen in **Bremen**, Volkstagswahlen in **Danzig** und Stadtverordnetenwahlen in den mecklenburgischen Städten **Rostock** und **Warnemünde stattgefunden.** Das Ergebnis aller dieser Wahlen ist, zumal im Hinblick auf die kommenden Reichstagswahlen, von hohem Interesse.

Der Gesamteindruck ist folgender: starkes **Anwachsen** der **sozialdemokratischen Stimmen** mit Ausnahme Hessens, starker **Stimmenrückgang bei den Deutschnationalen,** Gewinne des Zentrums, Gewinne der Kommunisten, denen aber auch Verluste gegenüberstehen. Das Ergebnis ist demnach so, daß es im großen und ganzen die **bisherigen Eindrücke bestätigt.**

Auffallend ist die Tatsache, daß die **Sozialdemokratie** in **Hessen** nicht einmal ganz ihren Besitzstand an Mandaten gewahrt hat. In Hessen war die Wahlbeteiligung im Gegensatz zu den übrigen Wahlen des Sonntags, **sehr** gering, nämlich 52 Proz. gegen 75 Proz. bei der vorigen Landtagswahl. Unter dieser außergewöhnlich schlechten Wahlbeteiligung haben alle Parteien gelitten, mit Ausnahme der **Kommunisten**, die in Hessen einen ganz überraschenden Erfolg errangen. Relativ gut abgeschnitten hat in Hessen das **Zentrum**, dessen Mandate sich um zwei vermehren, während die Sozialdemokratie zwei Mandate verliert. Nicht gut war auch das Ergebnis für die Deutsche Volkspartei und die Demokraten; aber ganz schlecht war es für die **Deutschnationalen**, die von sechs Mandaten drei, also die Hälfte, eingebüßt haben. Eine „Volksrechtspartei", die Aufwertungsgläubiger umfassend, hat es auf drei Abgeordnete gebracht. Es ist durchaus richtig, wenn darauf hingewiesen wird, daß die Wähler, die hinter dieser Liste stehen, eine Reichsangelegenheit zur Parole für die Landtagswahlen erhoben haben, und zwar eine Reichsangelegenheit (Aufwertung), die bereits erledigt ist. Irgend eine politisch bedeutsame Rolle werden die drei Abgeordneten der „Volksrechtspartei" im hessischen Landtag nicht spielen können.

Die regierende Koalition in Hessen hatte bisher 43 Mandate von 70 inne. Beteiligt waren an ihr die Sozialdemokraten mit 26, Zentrum mit 11 und die Demokraten mit 6 Mandaten. Jetzt würde dieselbe Koalition über 42 Mandate verfügen. Die Mehrheit, auf die sie sich stützt, ist also mit Abzug einer Stimme genau so stark, wie bisher. Dennoch ist anzunehmen, daß das Zentrum, wie schon früher, versuchen wird, durch die Hinzunahme der Deutschen Volkspartei, die bestehende Koalition zur **großen Koalition** zu erweitern. Für die Sozialdemokratie ist der Wahlausfall in Hessen recht schmerzlich. Und die Parteipresse gibt diesem Gefühl auch ganz offen Ausdruck.

War die **Niederlage der Deutschnationalen** bei den hessischen Wahlen geradezu katastrophal, so ist der Wahlausfall für sie auch in Bremen, in Danzig und in Rostock nicht minder niederschmetternd. In **Bremen** ist jetzt die Bildung einer **festen** Mehrheit der republikanischen Parteien möglich. Die Sozialdemokraten und Demokraten haben mit ihren zusammen 62 Mandaten (50 und 12) schon allein eine ausreichende Mehrheit. Bisher bestand ein gewisses Gleichgewicht der Machtverhältnisse. Die Sozialdemokraten haben in Bremen vier Mandate erobert, während die Rechtsparteien vier Mandate verloren.

In **Danzig** haben die Stimmen der **Sozialdemokraten** bei sehr guter Wahlbeteiligung — auch in Bremen war die Wahlbeteiligung stark — um 50 Proz. zugenommen. Die Herrschaft der Deutschnationalen ist damit gebrochen, zumal diese Partei von rund 45 000 Stimmen auf 35 000 Stimmen zurückgegangen ist. Erfreulich ist der **Rückgang der polnischen** Stimmen in Danzig. Wahrscheinlich wird man versuchen, in Danzig eine **Mehrheit der** Mitte zustande zu bringen, an welcher dann die Sozialdemokraten beteiligt wären. — Auch in **Rostock** haben die Sozialdemokraten stark an Stimmen gewonnen, und die Deutschnationalen sehr erheblich verloren. In Warnemünde hat sich im wesentlichen nichts geändert.

Die **Kommunisten** haben, wie schon betont, in Hessen einen recht ansehnlichen Gewinn gehabt, in Bremen einen kleinen Gewinn; dafür haben sie in den anderen Städten an Stimmen **verloren.**

Interessant ist die Beobachtung, die man bei fast allen Landtags- und Kommunalwahlen der letzten Jahre machen konnte, daß sich das **Zentrum** nicht nur gut gehalten, sondern meistens sogar seine Stimmenzahl **ver-**

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

größert hat. Das Zentrum ist demnach die einzige Partei der im Reiche herrschenden Koalition, welche ihre Teilnahme an der Regierung im Reich bisher nicht mit Stimmenverlusten zu bezahlen hatte. Dagegen hat die Deutsche Volkspartei, im ganzen betrachtet, Einbußen zu verzeichnen gehabt. Am schwersten aber waren die Schläge für die Deutschnationalen. Daß die Stimmung in der deutschnationalen Parteileitung angesichts dieser Tatsachen recht düster ist, wird man begreifen können.

Marx und Stresemann in Wien

Reden des österreichischen Bundeskanzlers und des deutschen Reichskanzlers

Der deutsche Reichskanzler und der Reichsaußenminister statteten am Montag alsbald nach ihrer Ankunft dem Bundeskanzler Dr. **Seipel** einen Besuch ab. Die Aussprache wurde nachmittags fortgesetzt. Mittags empfing Bundespräsident Dr. **Hainisch** den Reichskanzler und den Reichsaußenminister, mit denen er in längerer freundschaftlicher Aussprache verweilte. An den Empfang schloß sich ein vom Bundespräsidenten zu Ehren des Reichskanzlers Dr. Marx und des Reichsministers des Äußern Dr. Stresemann gegebenen Frühstück. Später gab der Bundeskanzler zu Ehren der Gäste aus dem deutschen Reich ein Abendessen, zu dem u. a. der deutsche Gesandte Graf Lerchenfeld, die Präsidenten des Nationalrates, der stellvertretende Vorsitzende des Bundesrates, der deutsche Reichspressechef Ministerialdirektor Dr. Zechlin und zahlreiche andere politische Persönlichkeiten erschienen waren.

Bundeskanzler Dr. **Seipel** hielt eine Begrüßungsansprache, in der er u. a. ausführte: Wir freuen uns von Herzen, Sie wieder in unserer Mitte zu sehen. Wir hoffen, daß es uns gelingen möge, Sie auch in diesen Tagen fühlen zu lassen, wie groß die freundschaftliche Hochachtung, die Österreich den politischen Führern des großen deutschen Reiches entgegenbringt. In dieser Stunde denke ich zurück an die Sommertage 1922, da ich zum erstenmal als Bundeskanzler zur deutschen Reichsregierung nach Berlin kam, denken wir zurück an jene Vorfrühlingstage, in denen wir Sie zum erstenmal hier begrüßten. Die Wegstrecke, auf die unser Volk in Deutschland und in Österreich zurückblickt, war voll von Widrigkeiten und Mühen ohne Zahl. Aber es **war ein Weg nach aufwärts!** Aber jetzt Freunde, wenden wir unsere Augen in die Zukunft, und denken wir daran, welch' ungeheuere Arbeit noch zu leisten ist, damit das, was erreicht wurde, nicht morgen wieder verloren geht, damit dieser Erdteil, denen die nach uns kommen, nicht als Wüste hinterlassen werde. Mit dem Bleigewicht des starren Egoismus oder gar politischen Zynismus im Rucksack werden wir nicht die steilen Höhen erklimmen, von denen aus der Weg in die sonnigen Täler des Friedens, der Gesittung und des Rechts freiliegt. Sittliche Werte müssen wieder Ziel und Inhalt aller Politik werden und nicht mehr bloß gefällige Mäntelchen sein. Solange nicht die Rücksicht auf das Ganze und das Vertrauen in den Nachbarn die Grundlage der europäischen Politik sind, gibt es keinen gesicherten Frieden, keine Abrüstung, keine Wirtschaftserholung, keinen wahren Fortschritt der Kultur in Europa. Wir können diese Wahrheiten nur dann zur allgemeinen Anerkennung verhelfen, wenn wir immer wieder ein ganz starkes, ganz vorbehaltloses Bekenntnis zu dieser Politik des **praktischen Idealismus** ablegen. Wer ist berufener, wer geeigneter, Führer zu sein in diesem Kreuzzug, als Sie, meine lieben Gäste, die Sie gemeinsam mit den hervorragendsten Männern der anderen Völker in London und in Locarno die Saat der Versöhnung ausstreuten. Daß wir in naher Zukunft das große Erntefest des wirklichen **europäischen Friedens feiern mögen,** das ist unser innigster Wunsch.

Reichskanzler Dr. **Marx** erwiderte hierauf u. a.: Darin gehe ich vollkommen mit Ihnen überein, daß diese Jahre uns trotz allem, was auf uns lastet und uns noch weiter drückt, aufwärts und vorwärts geführt haben. Wir fühlen, daß beide Staaten sich Schritt für Schritt vom Abgrund entfernen, und daß sichere Grundlagen gelegt sind zur Wiederaufrichtung im Inneren, zur Wiedererstarkung nach außen. Mit dem praktischen Idealismus, dessen Wesen Sie so tiefgründig und treffend zeichneten und der das **deutsche Volk in Österreich** und **Deutschland** beseelt und seine Tatkraft stärkt, werden wir sicher den Weg nach aufwärts und vorwärts finden. Bei allem Wechsel blieb die Zuneigung und das Verstehen zwischen Ihnen und uns, zwischen Österreich und Deutschland. Zwischen unseren Staaten, unserer Freundschaft gibt es keinen Trennungsstrich. Wie könnte es auch anders sein! Gemeinsam ist unsere Sprache, gemeinsam ist unsere Kultur, gemeinsam auch der Lebensweg, den wir zu wandern haben. Aus dieser Verbundenheit ergibt sich die Freundschaft zwischen uns, von der wir fühlen, daß sie uns alle immer weiter und tiefer ergreift. So sind wir zu Ihnen gekommen **als treuer Freund zum treuen Freunde.** Wir wollen die Freundschaft auch ausdrücklich betonen und sie durch unser Wiedersehen bekräftigen. Wir hoffen daher, daß Sie, verehrter Herr Bundeskanzler, uns auch bald die Ehre eines Staatsbesuches in Berlin schenken, und sie werden sicher sein, daß Sie bei uns eine Aufnahme finden, die Sie nicht fühlen läßt, daß Sie außerhalb Ihres Landes weilen.

An das Abendessen schloß sich ein Empfang, zu dem sich Mitglieder des diplomatischen Korps, zahlreiche National- und Bundesräte, leitende Funktionäre der Zentralstellen, viele Persönlichkeiten aus den Kreisen der Wirtschaft und Kunst, sowie die Vertreter der in- und ausländischen Presse eingefunden hatten.

*

Bundespräsident Dr. **Hainisch** hat dem Reichskanzler Dr. **Marx** und dem deutschen Gesandten in Wien, **Grafen Lerchenfeld,** das große goldene Ehrenzeichen am Bande, dem Staatssekretär Dr. **Pünder** das große Ehrenzeichen am Bande, dem Ministeraldirektor Dr. **Zechlin** das große Ehrenzeichen mit dem Stern, dem Regierungsrat **Walter,** dem Legationsrat **Redlhammer** und dem Konsul **Bernhard** das große silberne Ehrenzeichen für Verdienste um die Republik Österreich verliehen.

Der Andreas Hofer-Bund an Marx und Stresemann

Der Obmann des Andreas Hofer-Bundes, Pater **Innerkofler,** hat anläßlich des Wiener Aufenthaltes des Reichskanzlers und des Reichsaußenministers an diese einen offenen Brief gerichtet, der in folgendem Hilferuf ausklingt: „Wir richten an die hohen Repräsentanten des großen deutschen Volkes die flehentliche Bitte, im Namen unserer vergewaltigten südtiroler Brüder, aber auch im Namen aller Südtiroler, die in anderen Länder leben: **„Helft mit allen zu Gebote stehenden Mitteln,** um der barbarischen Behandlung unserer südtiroler Brüder Einhalt zu tun."

Die Wiener Presse zum deutschen Besuch

WTB. **Wien,** 15. Nov. (Tel.) Die Blätter besprechen die gestrigen Trinksprüche von Seipel und Marx und stellen fest, daß aus ihnen das Gefühl einer **Zusammengehörigkeit der Herzen und der Gemüter** spricht, nach dem niemand darüber im Unklaren sein kann, daß Österreich und Deutschland eine geistige Einheit bilden

Aus den Reichstagsausschüssen

Die Besoldungsvorlage

Der Haushaltsausschuß setzte am Montag die Beratung des Besoldungsgesetzes fort.

Der demokratische Abg. **Schuldt**-Steglitz legte einen Antrag mit einem neuen Schema für die aufsteigenden Gehälter vor. Der Antrag strebe die Einführung einer wirksamen Verzahnung, den Einbau der Stellenzulagen, die Zusammenlegung von Gruppen, die Hebung bestimmter Beamtenklassen (Postboten, Oberpostschaffner, weibliche Beamte, Techniker usw.), und die Verbesserung der Bezüge der unteren Gruppen an. Im wesentlichen werde so die Rückkehr zum Besoldungssystem von 1920 angestrebt, unter Ausgleichung ihrer Härten.

Ministerialdirektor Dr. **Lotholz** erklärte dazu, wenn alle Parteien einschließlich der Regierungsparteien darauf Gewicht legten, das, was mit der Stellenzulage erreicht werden solle, auf anderem Wege zu erreichen, werde die Regierung das nicht aus grundsätzlichen Erwägungen ablehnen; das Gesamtmaß der finanziellen Auswirkungen dürfe aber eine gewisse Grenze nicht überschreiten. Der Antrag Schuldt könne nicht angenommen werden, weil er in der Sache ein Wiederaufleben der Schlüsselung bringe und eine Mehrausgabe von 40 bis 50 Millionen *RM* allein für das Reich brächte.

Der **Antrag Schuldt** wurde schließlich **abgelehnt,** ebenso sozialdemokratische und kommunistische Anträge auf Streichung der untersten Besoldungsgruppe 12 und auf Übernahme der darin aufgeführten Beamten auf Gruppe 11. Die **Besoldungsgruppe** 12 wurde von den Regierungsparteien in der Fassung der Vorlage **angenommen.**

Die **Gruppe** 11 umfaßt die Amtsgehilfen, Postschaffner, Botenmeister und Beamten mit ähnlicher Dienstverrichtung. Ein Antrag der Regierungsparteien, die Oberpostschaffner in besonders wichtigen Dienststellen aus Gruppe 11 nach Gruppe 10 zu übernehmen (die vorhandenen Oberpostschaffner sollen sämtlich nach Gruppe 10 kommen), wurde unter Ablehnung aller übrigen Anträge **angenommen,** obwohl von Regierungsseite wegen der finanziellen Auswirkungen Vorbehalte gemacht worden waren. Die Beratung der **Gruppe 10** (Ministerialamtsgehilfen, Oberbotenmeister und Maschinisten) wurde heute **abgeschlossen.**

Am heutigen Dienstag fand zunächst eine allgemeine Aussprache über die **Ministerialzulagen** statt.

Abg. **v. Guérard** (Z.) erklärte sich für den Einbau der Ministerialzulagen in das Gehalt.

Den gleichen Standpunkt nahm auch Abg. Dr. **Quaatz** (Dn.) ein, während die Vertreter der Regierung die Beibehaltung der Ministerialzulagen zu begründen suchen.

Für die Sozialdemokraten erklärte sich auch Abg. **Steinkopf** (S.) gegen das System der Ministerialzulagen.

Abg. Dr. **Cremer** (Dt. Vp.) hielt den Zeitpunkt zur Abschaffung der Ministerialzulagen noch nicht für gekommen.

Ministerialdirektor Dr. **Lotholz** behielt sich nähere Ausführungen zu den in der Debatte gegebenen Anregungen vor, bis die Auffassung der Reichsregierung dazu festgestellt sei.

Abg. **Dauer** (Bayer. Vp.) erklärte, die Bayerische Volkspartei sei nicht gegen die Ministerialzulagen, trete aber für ihre Reform ein,

In der weiteren Aussprache ersuchte Abg. **Schmid** (Dn.) um genauere Mitteilung darüber, ob und für welche Beamtenkategorien, etwa für Staatssekretäre, besondere Aufwandsentschädigungen geplant seien.

Ministerildirektor Dr. **Lotholz** erwiderte, er werde abschließende Erklärungen auf diese Frage erst in der zweiten Lesung abgeben können.

Die Bezüge der Kriegsbeschädigten

Der Kriegsbeschädigtenausschuß begann am Montag mit der Beratung der Novelle zum Reichsversorgungsgesetz, die den Kriegsbeschädigten eine ähnliche Aufbesserung ihrer Bezüge bringen soll, wie sie die Beamten durch die Besoldungsreform erhalten.

Geheimrat **Kerschensteiner** gab eine ausführliche Begründung zu dem Entwurf. Er hob namens des Arbeitsministeriums vor allem hervor, daß die Bezüge der Leichtbeschädigten verbessert werden sollen, die bei der bisherigen Regelung immer zu kurz gekommen seien. Aber auch die Schwerbeschädigten sollen nicht zu kurz kommen. Eine Verbesserung für die Hinterbliebenen sei schwer zu bewilligen gewesen, Heilbehandlung habe man ihnen nicht zugestehen können, dagegen sollen 15 Millionen als Beihilfen zur Berufsausbildung der Kriegerwaisen bereitgestellt werden.

Die Mieterschutzgesetzgebung

Am heutigen Dienstag beantragten im Ausschuß für Wohnungswesen die Sozialdemokraten und Kommunisten Vertagung der Beratungen, damit zunächst das aus den **Ländern** über die Geltung ähnlicher Verordnungen vorliegende Material geprüft werden könne. Der Antrag wurde abgelehnt, nachdem der Vertreter des Reichsjustizministeriums erklärt hatte, daß das erwähnte Material für die Stellungnahme zur Regelung des Kündigungsverfahrens nicht von ausschlaggebender Bedeutung sei.

Die Angestelltenwahlen im Reich

Nach den aus 121 Bezirken im Reich vorliegenden Meldungen entfielen bei den gestrigen Angestelltenwahlen auf den Hauptausschuß 321 Vertrauensmänner und 592 Ersatzmänner, auf die Liste des Afabundes 39 Vertrauensmänner und 114 Ersatzmänner, auf die Liste der Wilden 6 Vertrauensmänner und 19 Ersatzmänner.

Die Beteiligung in **Berlin** war sehr stark. Es wurden 139 000 Stimmen abgegeben gegenüber rund 53 000 im Jahre 1922. Wie der Gewerkschaftsbund der Angestellten mitteilt, ist das endgültige Gesamtergebnis für Berlin, einschließlich Charlottenburgs, folgendes: Liste A: 31 694, Liste B 33 223, Liste C 15 306, Liste D 30 071, Liste E 7380, Liste F 6757, Liste G 3391, Liste H 4671, Liste I 1230, Liste K 875, Liste L 774, Liste M 3514, Liste N 813, ungültig 256. Liste A war eingereicht vom Deutschen Handlungsgehilfenverband, Liste B vom Gewerkschaftsbund der Angestellten, Liste C von den Vereinigten Frauenverbänden, Liste D vom Zentralverband der Angestellten, Liste E vom Bund der technischen Angestellten, Liste F vom Deutschen Werkmeisterverband.

Das Gesamtergebnis aus dem Reich wird voraussichtlich erst am 20. Dezember d. J. vorliegen.

Ebert-Rathenau-Erzberger-Denkmal für Berlin. Auf der Gaugeneralversammlung des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold **Berlin-Brandenburg** wurde ein Antrag des Charlottenburger Reichsbanners angenommen, wonach unter Beteiligung der Parteien und Gewerkschaften ein Ebert-Rathenau-Erzberger-Denkmal auf einem großen Platz außerhalb der Bannmeile in Berlin errichtet werden soll.

Der gemeinsame deutsch-österreichische Strafgesetzentwurf. Die Beratungen zwischen den Reichsdeutschen und den österreichischen Parlamentariern über den neuen Strafgesetzentwurf, zu welchem Zweck die zehngliedrige Abordnung des deutschen Reichstages in **Wien** eingetroffen ist, beginnen heute Dienstag im Parlament.

Amerikareise Dr. Stresemanns? In einer Meldung des „B. T." aus **Washington,** wonach es der Amerikanischen Friedensgesellschaft gelungen sei, für die Feier ihres 100jährigen Bestehens im kommenden Mai in Cleveland u. a. Stresemann, Briand und Chamberlain als Redner zu gewinnen, bemerkt die „Tägl. Rundsch.": An der zuständigen Stelle in Berlin hält man diese Mitteilung für wenig wahrscheinlich, wenngleich sich Bestimmtes zur Zeit nicht feststellen läßt, weil der deutsche Außenminister in Wien weilt. Man nimmt aber an, daß sich die drei wichtigsten europäischen Außenminister nicht gleichzeitig auf längere Zeit von ihrem Posten trennen und außerhalb Europas begeben werden.

Deutsch-polnischer Vertrag über polnische landwirtschaftliche Arbeiter. Am Montag wurde in Berlin zwischen der deutschen und der polnischen Regierung ein Vertrag über polnische landwirtschaftliche Arbeiter paraphiert. Gegenstand der Verhandlungen waren insbesondere Fragen der Anwerbung und Vermittlung sowie der sozialrechtlichen Verhältnisse polnischer Arbeiter, die jährlich zur Arbeit in die deutsche Landwirtschaft kommen und über die Winterzeit nach Polen zurückkehren. Ferner werden die Verhältnisse derjenigen polnischen Landarbeiter geregelt, die sich seit mehreren Jahren in Deutschland befinden.

Das Kolonialabzeichen. Anläßlich einer Notiz der „Welt am Montag" wird den Blättern mitgeteilt, daß auf Wunsch einer Anzahl Kolonialdeutscher im Jahre 1921 von dem damaligen Reichsminister für Wiederaufbau (Rathenau) ein Erinnerungszeichen gestiftet wurde für diejenigen, die in und vor dem Kriege in den deutschen Kolonien tätig gewesen sind. Diese Medaille mit einer Bestätigungsurkunde wurde auf Antrag gegen Bezahlung ausgegeben. Nach Auflösung des Wiederaufbauministeriums sind die betreffenden Befugnisse an das Auswärtige Amt übergegangen. In den letzten Jahren ist noch ein oder zweimal ein derartiger Antrag gestellt worden.

Kurze Nachrichten

Die Heilsarmee in Berlin. Am Bußtage wird der Heilsarmeegeneral Booth im Zirkus Busch zu Berlin zwei große Versammlungen abhalten. Auch soll ein Empfang Booths beim Reichspräsidenten stattfinden.

Freispruch im Manoilescu-Prozeß. Wie aus **Bukarest** gemeldet wird, **sprach** das Kriegsgericht den wegen seines Eintretens für den Prinzen Carol angeklagten Unterstaatssekretär Manoilescu **frei.** In einer letzten Erwiderung auf die Anklagerede hatte Manoilescu erklärt, er glaube, daß die Rückkehr Carols als Regent — nicht als König — notwendig sei. Das Kriegsgericht verneinte die erste Frage, die sich auf die Schuld Manoilescu bezog, mit drei gegen zwei Stimmen. Manoilescu wurde sofort auf freien Fuß gesetzt.

Europäisch-asiatische Eisenbahnkonferenz. Die in **Riga** tagende europäisch-asiatische Eisenbahnkonferenz ist nunmehr beendet. Es wurden Entschließungen angenommen, wonach ein direkter Eisenbahnverkehr zwischen Europa und dem Fernen Osten spätestens vom 15. Mai 1928 ab **eingerichtet** werden soll.

Verschärfung der Einwanderungsbestimmungen für Nordamerika. Der Arbeitssekretär **Davis** erklärte, wie aus **Washington** gemeldet wird, er werde dem Kongreß eine wesentliche Verschärfung des Einwanderungsgesetzes vorschlagen. Insbesondere werde er hohe Strafen für Schiffahrtsgesellschaften die blinde Passagiere mitbringen, die Deportation ausländischer Kokainhändler, die Bestrafung ungesetzlich Eingewanderter sowie die Registrierung aller Ausländer verlangen.

England und die Kriegsschulden. Im englischen Unterhaus teilte Chamberlain mit, daß Großbritannien von Deutschland bis zum 1. November 1927 45 Millionen Pfund Sterling als Reparationszahlungen erhalten habe. Italien habe 8 Millionen Pfund als Kriegsschulden und Frankreich 7 Millionen bezahlt. Großbritannien hat an Amerika Zahlungen in Höhe von 194 403 000 Pfund Sterling geleistet.

Verstärkung der Garnison von Malta. Wie Reuter meldet, ist endgültig beschlossen worden, das erste Bataillon des Königinnen-Regiments nicht von China nach Malta zurückzubeordern. Ferner ist beschlossen worden, die Garnison von Malta, die in den letzten Jahren auf zwei und gegenwärtig sogar auf ein Betaillon vermindert wurde, in nächster Zeit auf fünf Bataillone heraufzusetzen.

Gemeinde-Rundschau

Die Autostraße Mannheim—Heidelberg. Über den **Plan** einer Autostraße Mannheim—Heidelberg hat kürzlich im Auftrage der Nordbadischen Autostraßen-G. m. b. H. Stadtbaudirektor **Elsässer** in Mannheim eine Denkschrift erscheinen lassen, die die Notwendigkeit einer solchen Straße betont und die Vorbereitungen als abgeschlossen erscheinen läßt. Man glaubte dicht vor dem Baubeginn zu stehen und rechnete mit Fertigstellung bis zum Frühjahr 1929. Inzwischen ist aber eine Verschlechterung der Aussichten eingetreten, die überhaupt den ganzen Bauplan über den Haufen werfen kann: Die Reichsregierung lehnte in einem ähnlichen Falle ab, ihre Genehmigung zur Erhebung von Gebühren für die Benutzung der Straße zu erteilen. Man hat zwar Schritte unternommen, um auch in der Frage der Autostraße Mannheim—Heidelberg schnell Aufklärung zu bekommen; wenn aber keine Gebühren erhoben werden dürfen, dann wird wahrscheinlich die Straße in absehbarer Zeit nicht gebaut werden, denn die Städte Mannheim und Heidelberg können die Kosten (6 Millionen einschl. Grunderwerb) nicht aufbringen.

Von der Verkehrsgemeinschaft für den Hochschwarzwald. In Titisee fand eine Sitzung der Verkehrsgemeinschaft für den Hochschwarzwald statt, an der auch die Bürgermeister der einzelnen Orte der Verkehrsgemeinschaft teilnahmen. Nach eingehender Beratung wurden die weiteren Richtlinien für die kommenden Arbeiten und ein bestimmter Jahresbeitrag einstimmig angenommen. Ebenso wurde ein gemeinsames Winterinserat in führenden Zeitungen Badens, des Rheinlandes, Hamburgs und Stuttgarts genehmigt.

Der Kreisrat Waldshut zum Straßenbau. Der Kreisrat Waldshut hat es abgelehnt, die Landstraße Aachdorf-Wutachmühle in die Kreispflege zu übernehmen. Die Straße bildet ein Stück der kommenden Landstraße Aachdorf—Wutachmühle—Lausheim—Blumegg. Auch liegt die Straße im bekannten Rutschgebiet der Wutach und ist daher fortgesetzten größeren Aufwendungen ausgesetzt. Die Straße Bonndorf—Donaueschingen wird unterhalb Ewattingen bis zur Wutachmühle umgebaut. Die Straße senkt sich an manchen Stellen nach der Talseite und bildet daher eine Gefahr für Lastautos und andere schwere Fuhrwerke.

Die Rheinbrücke Waldshut—Koblenz. Wie aus **Waldshut** verlautet, wird die Badische Staatsregierung mit Rücksicht auf die derzeitige Wirtschaftslage wenn überhaupt, dann nur einen geringen Betrag für den Bau der Rheinbrücke Waldshut—Koblenz in den nächsten Staatsvoranschlag einstellen können.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Badischer Teil

Lehraufträge am Institut für Zeitungswesen in Heidelberg

Auf Vorschlag der Philosophischen Fakultät der Universität Heidelberg hat das Unterrichtsministerium dem Verleger Kommerzienrat **Waldkirch** in Ludwigshafen und dem Chefredakteur **Scheel** in Mannheim **Lehraufträge am Institut für Zeitungswesen der Universität Heidelberg** erteilt. Die Genannten werden gemeinsam mit Professor Dr. von Eckardt das Institut für Zeitungswesen leiten.

*

Kommerzienrat **Wilhelm Waldkirch**, Ludwigshafen, ist als der geistige Urheber des zeitungswissenschaftlichen Instituts in Heidelberg anzusehen. Bereits während des Krieges faßte er diesen Gedanken, bereitete ihn planmäßig vor und führte ihn schließlich unter großen Schwierigkeiten der praktischen Verwirklichung zu. Wilhelm Waldkirch wurde am 11. September 1870 in Ludwigshafen geboren. Er trat zuerst in das elterliche Geschäft ein und übernahm 1897 die Leitung der G. m. b. H. Julius Waldkirch & Co., die neben dem Verlag des „Generalanzeigers" eine Werk- und Akzidenzdruckerei umfaßte. Sein Hauptwerk war die Gründung der „Pfälzischen Rundschau" vor 28 Jahren, die zu einer der bedeutendsten Zeitungen der Pfalz wurde. Sein Druckereibetrieb ist einer der größten und modernst eingerichteten des pfälzischen Landes. Nachdem er bereits lange Jahre den Posten des Vorsitzenden der pfälzischen Zeitungsverleger inne hatte, wurde er auch in den Vorstand des Vereins südwestdeutscher Zeitungsverleger berufen, dessen 2. Vorsitzender er heute ist. Dem Ehrenrat dieses Verbandes gehört er seit der Gründung an. Wegen seiner organisatorischen Fertigkeiten wurde Kommerzienrat Waldkirch bereits sehr frühe in den vierköpfigen Organisationsausschuß des deutschen Verlegerverbandes gewählt. Schon während des Krieges beschäftigte er sich mit dem Problem der Zusammenfassung der Zeitungen im staatspolitischen Interesse und übergab 1915 dem Hauptvorstand des Verbandes deutscher Zeitungsverleger einen Plan zur Zusammenfassung der Kriegswerbearbeit der deutschen Zeitungen. (Seiner Initiative und seinen Anregungen war die großzügige Gesamtpropaganda der deutschen Presse für die Kriegsanleihe zu danken.) Zwei Jahre später unterbreitete er dem Hauptvorstand eine Denkschrift über die geistige Vertiefung und Zusammenfassung der Zeitungen. Im Jahre 1918 fand denn auch in Baden-Baden eine Besprechung zwischen Verlegern und Redakteuren zur Durchführung dieses Planes statt, der jedoch dann durch die politischen Ereignisse in den Hintergrund gedrängt wurde. Jedoch verdichtete sich die Idee immer mehr und vor etwa fünf Jahren wurden die Vorarbeiten wieder aufgenommen und das Zeitungswissenschaftliche Institut auch finanziell, namentlich durch Kommerzienrat Waldkirch, gesichert.

*

Chefredakteur **Scheel**, der jetzt 50jährige, wurde geboren in Schwerin als Sohn des Konzertmeisters am Schweriner Hoftheater, Fritz Scheel. Er studierte Jurisprudenz, Nationalökonomie und verschiedene allgemein-wissenschaftliche Fächer. Seit 1903 ist Scheel als Journalist tätig. Seit 20 Jahren steht er an der Spitze der „Neuen Badischen Landeszeitung" in Mannheim. Auf Scheels Initiative geht die Gründung des Landesverbandes der badischen Redakteure (1909) zurück. Scheel ist auch Mitbegründer des Reichsverbandes der deutschen Presse und späteres Vorstandsmitglied. Der vor wenigen Jahren gegründeten Reichsarbeitsgemeinschaft der deutschen Presse, in welcher die Verleger und Redakteure zusammengefaßt sind, gehört er als stellvertretendes Mitglied an. In Mannheim gehört er seit langer Zeit dem Stadtverordnetenkolleg an und wurde bei der letzten Landtagswahl als demokratischer Abgeordneter im Wahlkreis Mannheim, Weinheim und Schwetzingen gewählt. — Herr Scheel wird seine Vorlesungen noch in diesem Semester voraussichtlich nach Neujahr an der Universität Heidelberg aufnehmen und zwar über „Einführung in Probleme des Zeitungswesens". Da es sich bei seiner Berufung an das zeitungswissenschaftliche Institut um einen hauptamtlichen Posten handelt, ist er gezwungen, die praktische Redaktionstätigkeit aufzugeben. Er scheidet aus dem Verband der „Neuen Badischen Landeszeitung" aus. Das Blatt würdigt in einem längeren Artikel die Bedeutung Scheels als Journalist und Politiker.

Die Wahlen zur Angestelltenversicherung in Baden

Die Wahlen trugen das Kennzeichen einer starken Wahlbeteiligung. So wurden z. B. in **Mannheim** 8400 Stimmen abgegeben, während bei den letzten Wahlen (1922) nur 4500 Angestellte ihr Wahlrecht ausübten. **Heidelberg** meldet 1680 gegen 600, **Karlsruhe** 5200 gegen 2000. Auch in **Pforzheim** war die Wahlbeteiligung sehr lebhaft. Während 1922 im ganzen 1272 Stimmen abgegeben waren, erbrachte die gestrige Wahl rund 2100 Stimmen, darunter etwa 980 weibliche. Etwa 50 Proz. der Angestellten Pforzheims haben gewählt.

Von **badischen Einzelergebnissen** seien mitgeteilt:

Im Bezirk **Tauberbischofsheim** wurden 100 gültige Stimmen abgegeben. Davon entfielen auf die Liste A des Afabundes 5 Stimmen und auf die Liste B des Hauptausschusses 95 Stimmen. Die Afabundliste brachte keinen Vertreter durch.

Wiesloch: Der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband erhielt 4 Sitze, Deutscher Werkmeisterbund 2, Deutscher Werkmeisterbund (Afa) 2, der Gewerkschaftsbund der Angestellten 1 Sitze. Die Wahlbeteiligung war rege.

Lahr: Die Wahlbeteiligung betrug ungefähr 80 Proz. Es wurden 510 Stimmen abgegeben und vier Stimmen zurückgewiesen. Deutschnationaler Handlungsgehilfenverband erhielt 247, VWA. 262, GDA. 82, Afa 113. In Ettenheim erhielten DHV. 11, Afa 29.

Lohnbewegungen in Baden

Aussperrung der oberbadischen Zigarrenarbeiter. Der Bezirk Oberbaden im Reichsverband Deutscher Zigarrenhersteller hat am Montag in einer in Lahr abgehaltenen Sitzung die Aussperrung der Zigarrenarbeiter in Oberbaden beschlossen. Die Aussperrung soll am kommenden Samstag in Kraft treten.

Lohnverhandlungen in der badischen Textilindustrie. Die am Montag in Freiburg gepflogenen Lohnverhandlungen in der Arbeitsgemeinschaft für die Textilindustrie Badens wurden nach 13stündiger Verhandlung abgebrochen und auf Donnerstag den 24. November vertagt. Das Angebot der Arbeitgeber wurde von den Vertretern der Arbeitnehmer als zu niedrig erachtet. In der Regelung der Akkordentlohnung war bereits eine Einigung erzielt; sie konnte jedoch zu einem Abschluß nicht gebracht werden.

Die Badischen Handwerkergenossenschaften

Zum Badischen Handwerkergenossenschaftstag in Karlsruhe ist ein gedruckter Tätigkeitsbericht erschienen, demzufolge dem Revisionsverbande 108 Genossenschaften angeschlossen sind gegen 104 Ende 1926 und 124 auf Schluß 1925. Wohl 75 Proz. des Bäckergewerbes sind genossenschaftlich organisiert. Dies trifft nicht nur für Baden, sondern auch für ganz Deutschland zu. Auch das Schuhmachergewerbe, das Holzbearbeitungsgewerbe, das Metzger- und das Friseurgewerbe weisen verhältnismäßig günstige Ziffern auf. Es sind Genossenschaften mit Warenumsätzen von einer Million und darüber zu verzeichnen.

Leider ist es nicht möglich, über die Gesamtlage der badischen gewerblichen Genossenschaften eine lückenlose Statistik zu geben. Nur 70 Genossenschaften haben ihre Bilanzen eingesandt. In diesen Genossenschaften sind 5673 Handwerker und Gewerbetreibende organisiert; die Gesamthaftsummen betragen 2 701 105 *RM*, die Geschäftsguthaben 1 142 209 *RM*, die Reserven 581 286 *RM* und die Bilanzsummen 4 986 467 *RM*. Den guten Ansätzen zum Aufstieg stehen aber auch recht unbefriedigende Ergebnisse und Rückschläge anderer Genossenschaften gegenüber. Durch die Borgwirtschaft sind wiederholt größere Verluste bei Konkursen von Genossen entstanden. Die Auflösungen von Genossenschaften scheinen nunmehr zum Stillstand gekommen zu sein, nachdem mehr normale Verhältnisse eingetreten sind bzw. eine gewisse Stabilität der wirtschaftlichen Verhältnisse erreicht ist.

Der Bericht erinnert dann an die gelegentlich des Kölner Genossenschaftstages am 7. September d. J. erfolgte Aufnahme des Badischen Verbandes in den Deutschen Genossenschaftsverband. Er gedenkt weiter zwei um das Genossenschaftswesen hochverdienter Männer, die jahrzehntelang an hervorragender Stelle in der genossenschaftlichen Organisation tätig waren, und inzwischen verstorben sind: Professor Dr. **Krüger**, Ehrenanwalt des Deutschen Genossenschaftsverbandes, und Verbandsdirektor **Wilser**.

In sehr ausführlicher Weise verbreitet sich der Bericht über **Steuerfragen**. Unterm 10. Januar d. J. wurde an das badische Finanzministerium eine vom Landesgewerbeamt unterstützte Eingabe gerichtet, dahingehend, daß den gewerblichen Genossenschaften die gleichen Vergünstigungen bei der **Gewerbeertragsteuer** gewährt werden sollen, wie sie die Konsumgenossenschaften genießen; denn auch bei den gewerblichen Genossenschaften handle es sich nur um einen Risikopreis und der zuviel bezahlte Kaufpreis fließe wieder an die Mitglieder zurück. Das Finanzministerium stellte sich auf einen ablehnenden Standpunkt. Der Verband hat nun das Material zu einer Eingabe an den Landtag verarbeitet. Der Deutsche Genossenschaftsverband hat mitgeteilt, daß er im Einvernehmen mit dem freien Ausschuß der Deutschen Genossenschaftsverbände bemüht sei, im **Reichsrahmengesetz** Vorteile für die Genossenschaften zu erreichen. Das Ziel gehe vor allem dahin, daß die nur mit Mitgliedern arbeitenden Genossenschaften von der Gewerbesteuer frei gestellt werden würden. Bedauerlicherweise enthalte aber der Entwurf des Reichsrahmengesetzes bereits die Vorschrift, daß die Warenrückvergütung **nur** bei Konsumvereinen bis zu 5 Proz. steuerfrei bleibe.

Im übrigen weist der Bericht darauf hin, daß die **Nachveranlagung** auf Grund der Bilanzen per 31. Dezember 1925 sich z. Zt. außerordentlich drückend auswirke, weil Rücklagen für die Gewerbeertragsteuer nicht gemacht wurden. Die Gewerbetreibenden wünschen deshalb weitgehende Stundungsmaßnahmen auch für die Genossenschaften. Scharfe Klagen wurden über die **Boykottierung von Genossenschaften** durch Syndikate, Industrie und Großhandel laut. Der Bericht stellt mit Bedauern fest, daß die genossenschaftliche Einigungsstelle der Industrie bis jetzt vollständig versagt habe. Das gesammelte Material würde der Reichsregierung mit der Bitte um Abhilfe vorgelegt werden.

Die Rheinbrückenprojekte

Aus München wird der „N. Bad. Landesztg." gemeldet: Die Verhandlungen über die Kostenverteilung der neu zu erbauenden Rheinbrücken schweben noch. Grundsätzlich hat sich das Reich bereit erklärt, zwei Drittel der Kosten zu tragen, während ein Drittel auf die beteiligten Länder Baden und Bayern entfällt. Die Projekte für die neuen Rheinbrücken liegen zur Zeit bei der **Zentralkommission für die Rheinschiffahrt**, die auf Grund des Friedensvertrages von Versailles um ihre Zustimmung zum Bau der Brücken angegangen werden muß. Die Brückenbauprojekte sind vom Reichsverkehrsministerium bereits dieser Kommission zugeleitet worden, die sich, wie man hört, in ihrer nächsten Sitzung mit der Angelegenheit befassen wird.

Württemberg rechtfertigt sich in Verkehrsfragen

Im Mittelpunkt der Erörterungen einer württembergisch-hohenzollernschen Verkehrstagung in **Stuttgart** am Sonntag stand die Haltung badischer Kreise und badischer Blätter gegenüber den württembergischen Verkehrsbestrebungen. Hierzu wurde eine Entschließung angenommen, in der versucht wird, den Nachweis zu erbringen, daß Württemberg in der Nachkriegszeit in der Ausgestaltung seiner Verkehrslinien gegenüber Baden keineswegs eine Bevorzugung erfahren habe. Verlangt wird, daß sobald als möglich die Züge 45/46 Berlin—Nürnberg—Stuttgart—Zürich in einer gegenüber dem Vorkriegsfahrplan verbesserten Kurslage wieder eingeführt, die Fahrzeiten des D 38 erheblich gekürzt, und die Züge D 237/238 auf die Strecke Stuttgart—Zürich ausgedehnt werden. Von allgemeinem Interesse waren noch die Berichte der Bäder und Kurorte über den Fremdenverkehr 1927. Allgemein wurde eine bedeutende Zunahme, auch der Ausländer, z. T. ein Überschreiten der Friedensziffer festgestellt.

Tagungen

Ratschreibertagung. In **Landa** fand eine Tagung der im Badischen Ratschreiberverein organisierten Ratschreiber des Kreises Mosbach statt, wozu über 100 Mitglieder aus den verschiedenen Bezirken erschienen waren. Vereinspräsident Grundbuchamtsrat **Person** aus Durlach und Standesamtsdirektor **Derschum** aus Mannheim waren erschienen. Den Vorsitz führte Kreisvertreter Ratschreiber **Schumacher**, Neuenkirchen. Es wurde eine Reihe von Fragen behandelt, die speziell den Bezirk betreffen. Bei den vorgenommenen Wahlen wurde der bisherige Kreisvertreter **Schumacher**, Neuenkirchen, wiedergewählt. Als Tagungsort für die nächste Versammlung wurde **Walldürn** in Aussicht genommen.

Obermeistertag der Schmiedeinnungen. Am Sonntag versammelten sich in **Rastatt** die Obermeister sämtlicher Schmiedeinnungen Badens zu einer Tagung. Die Sitzung wurde geleitet durch Herrn **Liebherr**, Lahr, dem Landesverbandsvorsitzenden. Obermeister Fabrikant **Messerschmidt** begrüßte die Kollegen und betonte in längerer Aussprache Zweck und Notwendigkeit eines festen Zusammenschlusses. Ausgiebig wurde über den neugegründeten Reichswirtschaftsverband verhandelt und die Bedeutung der Sterbekasse anerkannt.

Das Forschungsinstitut für innere Medizin. Die Stadtverwaltung Heidelberg hat beschlossen, für das neue Forschungsinstitut für innere Medizin, dessen Errichtung als Reichsinstitut und Schöpfung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft in Heidelberg geplant ist, ein großes Baugrundstück am Neckar, westlich vom Baugelände des Badehausprojektes, unentgeltlich zur Verfügung zu stellen. Damit ist die letzte Bedingung für die Erbauung dieses mit reichen Mitteln auszustattenden Institutes in Heidelberg erfüllt, und es dürfte mit dem baldigen Baubeginn zu rechnen sein. Der zuerst zu errichtende große Bau ist als ein vorläufiger Teil des später zu erweiternden Institutes gedacht.

Aus der Landeshauptstadt

* **Zum ersten Vorsitzenden des Vereins Karlsruher Presse** (Journalisten- und Schriftstellerverein), der die Redakteure und Mitarbeiter **sämtlicher** Zeitungen der Stadt und zahlreiche freie Journalisten, Korrespondenten, Kritiker und Schriftsteller umfaßt, wurde am Montag von der außerordentlichen Generalversammlung Chefredakteur **Curt Amend** gewählt. Die Generalversammlung sprach dem bisherigen ersten Vorsitzenden, Generalsekretär **Dees**, der infolge Wegzugs nach Frankfurt a. M. sein Amt niederlegen mußte, in herzlicher Weise ihren Dank für seine unermüdliche und erfolgreiche Tätigkeit an der Spitze des Vereins aus. Der Verein plant für die kommende Wintersaison eine Reihe von Veranstaltungen, von denen ein großes Pressefest, das im Anfang des nächsten Jahres stattfinden soll, und der übliche Rosenmontagsball besonders genannt seien. Am 26. November veranstaltet der Verein, wie schon bekanntgegeben wurde, im Schloßhotel einen Unterhaltungsabend mit Tanz.

Anläßlich eines Kurses für die badischen Feuerlöschinspektoren fand am Montag vormittag hier ein Vortrag über Feuerlöschgeräte von Herrn Dipl.-Ing. Alfred **Bachert**, Mitinhaber der Feuerwehrgerätefabrik Carl Metz, Karlsruhe, statt. Darin wurde ein Überblick gegeben über Konstruktionen, Handhabung und Pflege von den älteren Feuerlöschgeräten bis zu der modernsten Motor- und Automobilfeuerspritze. Danach schloß sich unter Führung von Branddirektor **Heußer** eine Besichtigung der Karlsruher Hauptfeuerwache an, von wo aus sich die Feuerlöschinspektoren in die Feuerwehrgerätefabrik Carl Metz begaben, um sich dort über die neuesten Errungenschaften der Feuerwehrtechnik zu orientieren. Es erfolgten in der genannten Fabrik praktische Vorführungen und Erklärungen über die wichtigsten Feuerlöschgeräte und über mechanische Feuerwehrleitern, auch unter Berücksichtigung der von der bad. Landesfeuerwehrunterstützungskasse herausgegebenen Vorschriften und Bestimmungen für die Abnahme und Prüfungen der Geräte. Eine Besichtigung der Fabrikanlage zeigte die Leistungsfähigkeit unserer badischen Spezialfabrik.

Kündigung in den Plastersteinbetrieben. Wie der „Volksfreund" meldet, ist der Arbeiterschaft in sämtlichen Pflastersteinbetrieben (Detzeln, Kapplerwald, Neusatzeck und Raumünzach) gekündigt worden mit der Begründung, daß die den Straßenbauämtern zur Verfügung gestandenen Geldmittel für die Straßenbepflasterung aufgebraucht und neue Geldmittel von der Regierung nicht weiter bewilligt worden seien. Von der Kündigung werden nach dem genannten Blatte einige hundert Arbeiter betroffen.

Badisches Landestheater. Freitag, den 18. November, wird das musikalische Volksdrama **„Boris Godunow"** von Mussorgsky wiederholt, welches in dieser Spielzeit mit so großem Erfolge unter der musikalischen Leitung von Josef Krips und der szenischen Leitung von Otto Krauß in Karlsruhe erstaufgeführt wurde. In dieser Aufführung singt Franz Schuster die Titelrolle, Melba von Hartung die „Marina" und Steffi Domes die „Xenia". Die übrige Besetzung ist die der bisherigen Aufführungen. — Am Sonntag, den 20. November (Buß- und Bettag), geht Richard Wagners romantische Oper **„Tannhäuser"** in zum Teil neuer Besetzung in Szene. Musikalische Leitung Josef Krips, szenische Leitung Otto Krauß. — Aubers komische Oper in drei Akten **„Fra Diavolo"** gelangt als Volksbühnenvorstellung am Montag, den 21. November, zur Aufführung. Die musikalische Leitung liegt in Händen von Rudolf Schwarz, die szenische in Händen von Otto Krauß. Für diese Vorstellung ist der 4. Rang für den allgemeinen Verkauf freigegeben. — Dienstag, den 22. November, die dritte Wiederholung von Paul von Klenaus komischer Oper **„Die Lästerschule"**. In Szene gesetzt von Dr. Herm. Wucherpfennig, wird das Werk musikalisch von Rudolf Schwarz geleitet.

Badische Lichtspiele im Konzerthaus. **„Kriemhilds Rache"**, II. Teil des Nibelungenfilmes. Nachdem der I. Teil „Siegfried" bereits vor einigen Wochen gezeigt wurde, gelangt jetzt in den Badischen Lichtspielen (Konzerthaus) der II. Teil der gewaltigen deutschen Filmschöpfung zur Vorführung. Im Mittelpunkt der großen Handlung steht Kriemhilde, beseelt von innerem Drang, an dem Meuchelmord ihres geliebten Helden Siegfried furchtbare Rache zu nehmen. Mit der Verbindung Kriemhilds und dem Hunnenkönig Etzel wird der ausgesonnene Plan zur Tat. Die Tauffeierlichkeiten des Erstgeborenen geben Veranlassung, die Burgunder in das Hunnenland einzuladen. Nun entwickelt sich der furchtbare Kampf mit dem grausamen Untergang aller. — In diesem Film ist der Abschied Kriemhilds von ihrer Heimat, dann die Versenkung des Nibelungenhorts durch den grimmigen Hagen prachtvoll im Bild festgehalten. Fritz Lang als Regisseur hat seine reiche Phantasie entfalten können und das deutsche Volksepos in seiner Art meisterhaft für den Film bearbeitet. Die Begleitmusik G. Huppertzs hatte wieder die Polizeikapelle übernommen. — Sehr schöne und beachtenswerte Bilder bringt die **Opelwochenschau 46.** Hervorzuheben sind die verschiedenen Aufnahmen der Reichsporzellanwoche in Berlin. Diese Veranstaltung hatte einen regen Zuspruch gefunden.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe. Die winterliche Witterung hielt auch gestern noch bei uns an. Es kam jedoch vereinzelt noch zu leichten Schneefällen. Im übrigen herrschte, hauptsächlich im Gebirge, trockenes Frostwetter. In der Ebene lagen die Temperaturen bei 0 Grad. Heute morgen hat Südbaden unter dem Einflusse eines über dem Alpenvorland sich west-östlich erstreckenden schmalen Hochdruckrückens heiteres Wetter. Nordbaden liegt bereits innerhalb der Bewölkungszone um das Nordmeertief, an dessen Südrand Wärmewellen gegen Norddeutschland vorrücken. Mit Rücksicht auf die im Westen in mehreren Fronten heranziehenden Wärmeluftmassen, die von einem bei Island liegenden Teil nach Europa transportiert werden, ist mit fortschreitendem Verfall der noch über dem Festland lagernden Kaltluft zu rechnen. Infolgedessen steht in der nächsten Zeit milderes Wetter in Aussicht. **Voraussichtliche Witterung** für 16. Nov.: Milder (auch im Gebirge), wolkig, zeitweise auffrischende Westwinde und Regen, besonders in Nordbaden.

E. Büchle Inhaber: W. Bertsch Kaiserstraße 132 378 Spezialhaus für **Bilder u. Einrahmungen** Gute Ausführung bei billigst. Berechnung Große Auswahl

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

Mannheim, 14. Nov. Auf dem Felde an der Landstraße zwischen Seckenheim und Mannheim fand man heute früh ein **Auto**, dessen Führer mit einem Schuß in der rechten Schläfe **tot am Steuer saß**. Den Revolver hatte er in der Hand. Wie festgestellt wurde, handelt es sich um einen 21jährigen Angestellten aus **Hersfeld**, der seit acht Tagen mit dem Auto seiner Firma vermißt wurde. Gestern war er noch auf dem Jahrmarkt in Neckargemünd gesehen worden.

bld. **Freiburg** i. Br., 15. Nov. In der gestrigen Sonntagnacht hat sich ein etwa 30jähriger Mann während einer **Autofahrt** in der Belfortstraße durch einen **Kopfschuß getötet**. Aus den Papieren, die der Tote bei sich führte, war zu entnehmen, daß es sich um einen Gewerblehrer aus Achern handelt. Der Beweggrund der Selbsttötung ist unbekannt.

DZ. **Freiburg i. Br.**, 12. Nov. Heute vormittag wurde in der städtischen Kunst- und Festhalle die **Große Blumenschau- und Raumkunstausstellung** in Anwesenheit zahlreicher Vertreter der Behörden und der Fachwelt eröffnet. Der erste Vorsitzende der Bezirksgruppe Freiburg der Verbandes Badischer Gärtnereibetriebe, **Fischer**, begrüßte die Gäste. Die hemmungslose Einfuhr fremder Pflanzen, Blumen und Gemüse habe von den deutschen Gärtnereibetrieben höchste Kraftentfaltung gefordert. Kraft intensivster Arbeit habe es die deutsche Gärtnerei dahin gebracht, daß sie nun wieder in bezug auf Qualität an der Spitze stehe. — Bürgermeister Dr. **Hofner** gedachte der besonderen Bedeutung Freiburgs als Gartenstadt. Hierbei hob er auch das erfreuliche und fruchtbare Zusammenarbeiten zwischen gewerblicher und behördlicher Gärtnerei hervor und dankte auch seinerseits Gartenbaudirektor **Schimpff** für seine hohe künstlerische Mitarbeit.

WTB. **Baden-Baden**, 14. Nov. Hier ereignete sich heute infolge Versagens der Bremsvorrichtung an einem 80 Zentner schweren **Traktor ein schwerer Verkehrsunfall**. Der Traktor geriet ins Schleudern und überfuhr ein Ehepaar. Die Frau war sofort tot. Der Mann, der Verwaltungsoberinspektor Wilhelm **Rehmann** von der hiesigen Polizeidirektion, erlag später im Krankenhause seinen Verletzungen.

bld. **Offenburg**, 14. Nov. Unerwartet ist gestern Rechtsanwalt **Rothaupt** im Alter von erst 50 Jahren **gestorben**. Seit 1905 übte er hier die Rechtsanwaltspraxis aus und war auch im kommunalpolitischen Leben tätig. Dem Stadtrat gehörte der Verstorbene als Mitglied der ehemaligen Fortschrittlichen Volkspartei und der Demokratischen Partei von 1908 bis 1919 an.

w. **Waldkirch**, 14. Nov. Die Ortsgruppe des Vereins Badische Heimat hatte am letzten Samstag mit ihrem **Prechtäler Volksabend** im Kreuzsaal einen großen Erfolg zu buchen. Etwa 30 Prechtäler und Prechtälerinnen waren, meist in Tracht, mittelst Autos herübergekommen, um den Waldkirchern ein Stück echter und bodenständiger Volkskunst zu bieten. Der Vorsitzende des Vereins, Professor **Kindle**, begrüßte herzlichst die Gäste. Hauptsächlich wurden Dichtungen der bekannten Heimatdichterin, Frau Pfarrer **Hofheinz-Gysin** von Oberprechtal, geboten. Das Hauptstück des Abends war der erste Akt des größeren Schauspiels „Der verlorene Sohn" und machte sowohl durch seinen ergreifenden Inhalt, als auch durch das einfache und natürliche Spiel tiefen Eindruck. Die Gedichte in Mundart, einzeln oder zu zweien und dreien vorgetragen, sind recht anschaulich und naturwahr. Der Prechtäler Männerchor unter Leitung von Hauptlehrer **Rehn** bot alte Volksweisen. Besonders gefielen die Lieder der Prechtäler Maidli in ihrer bunten und kleidsamen Tracht. Ganz reizend war gegen Schluß das kleine Tanzspiel mit alten Bauerntänzen. Besonders erwähnenswert ist noch die im Elztal wohlbekannte „Dorfmusik", d. h. das Klarinettspiel des 82jährigen Veteranen Adolf **Pfaff**.

s. **St. Georgen** i. Schw., 15. Nov. Es ist gewiß eine Seltenheit, daß in einem Städtchen von nur 5400 Einwohnern innerhalb eines Jahres drei Ehepaare die goldene Hochzeit feiern können. Das war tatsächlich in St. Georgen der Fall, wo am 21. August, am 9. September und am 13. November jedesmal eine goldene Hochzeit gefeiert werden konnte. Die Jubilare waren der Uhrenfabrikarbeiter Georg Rosenfelder, der Uhrmacher Simon Maier und der Arbeiter Christian Schneider. Alle drei Ehepaare erfreuen sich der besten Gesundheit und sind noch imstande, ihren gewohnten Arbeiten nachgehen zu können. Besonders hervorzuheben ist, daß die drei Familien dem Arbeiterstand angehören und von früher Jugend an nichts anderes kannten wie die Arbeit. Die badische Staatsregierung und die Gemeindeverwaltung St. Georgen haben die Brautpaare durch Überreichung von Glückwunschschreiben und Geldgeschenken geehrt.

DZ. **Konstanz**, 13. Nov. Das an der Rheinbrücke am Bodenseeufer gelegene **Seehotel** wurde bei der Zwangsversteigerung von Dr. Karl **Schuler**, Kreuzlingen, für 193 000 *RM* erworben.

Verschiedenes

Keine Aufgabe des deutschen Ozeanflugs

Wie aus **Berlin** gemeldet wird, trifft die Nachricht, daß nach dem Unfall der Heinkelmaschine D 1220 die deutsche Ozeanflugexpedition, die noch über das Junkersflugzeug D 1230 verfügt, für dieses Jahr überhaupt abgebrochen werden soll, nicht zu. Die Besatzung der Junkersmaschine will trotz des Mißgeschickes in Horta weiter zum Start nach Neufundland bereit bleiben.

Keine Hochwassergefahr mehr

DZ. **Koblenz**, 15. Nov. Der **Rhein** hat am Samstag abend mit 5,46 Meter seinen Höchststand erreicht und ist seitdem langsam zurückgegangen. Gestern morgen zeigte der Pegel 5,10 Meter. Auch die Mosel geht langsam zurück. Sie hat in ihrem mittleren Lauf zwischen Berncastel und Zell, wo sie stellenweise über die Ufer getreten ist, ziemlichen Schaden angerichtet, dem sich im Laufe des Vormittags dichter Nebel getreten, dem sich im Laufe des Vormittags dichter Nebel zugesellte.

Explosionskatastrophe in Pittsburgh

In Pittsburgh (Amerika) explodierte Montag vormittag mit ungeheurem Getöse der 5 Millionen Kubikfuß Gas enthaltende Gasometer der Pittsburger Gasanstalt. Nach den bisher vorliegenden Meldungen sind der Katastrophe 28 Personen zum Opfer gefallen. Die Zahl der Verwundeten wird mit 120 angegeben.

Die Explosion ereignete sich mitten in einem Bezirke, der von Arbeiterwohnhäusern, Fabriken und Speichern überfüllt ist. In vielen Fällen haben einstürzende Fabrikgebäude sämtliche Arbeiter unter sich begraben. Man fürchtet, daß die Zahl der Toten noch erheblich steigt, da viele Personen, darunter oft ganze Familien mit außerordentlich schweren Verletzungen in die Hospitäler eingewiesen wurden.

Untergang eines indischen Dampfers

WTB. **London**, 15. Nov. (Tel.) Wie Reuter aus **Bombay** berichtet, soll der Küstendampfer **„Tutaran"** bei einem Sturm ungefähr 100 Kilometer von Bombay gesunken sein. **135 Personen sollen ertrunken sein.** Nur sieben Mann hätten sich gerettet.

Ein Erdbeben in Chile

das an einzelnen Stellen bis 15 Minuten dauerte, richtete beträchtlichen Schaden an, hatte aber, soweit bisher bekannt, keine Menschenverluste zur Folge.

Begnadigung nach 18½ Jahren

WTB. **London**, 15. Nov. (Tel.) Gestern wurde Oskar **Slaters** aus dem Gefängnis entlassen, in dem er **18½ Jahre verbüßt** hatte. Slaters, der in Oberschlesien geboren wurde, aber staatenlos ist, war wegen Mordes zum Tode verurteilt, dann aber zu lebenslänglichem Gefängnis begnadigt worden. Sein Fall hatte großes Aufsehen erregt, da verschiedene bekannte Persönlichkeiten, darunter Conan Doyle, die Unschuld des Verurteilten behauptet hatten. Die Behörden haben erklärt, daß die Freilassung lediglich eine Begnadigung bedeute.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	15. Nov. Geld	15. Nov. Brief	14. Nov. Geld	14. Nov. Brief
Amsterdam 100 G.	169.00	169.34	169.94	169,28
Kopenhagen 100 Kr.	112.24	112.46	112,21	112.43
Italien . . 100 L.	22.755	22.795	22.72	22.76
London . . 1 Pfd.	20.407	20.447	20.399	20.439
Newyork . 1 D.	4.1865	4.1945	4.1850	4.1950
Paris . . 100 Fr.	16.455	16.495	16.94	16.48
Schweiz . . 100 Fr.	80.78	80.94	80.73	80.89
Wien 100 Schilling	59.04	59.16	59.085	59.145
Prag . 100 Kr.	12.412	12.432	12.408	12.428

Dem Kalibergwerk Buggingen der Gewerkschaft Baden wird ab 1. Oktober eine endgültige Beteiligungsziffer von 144 Proz. der durchschnittlichen Beteiligungsziffer aller Werke gewährt.

Staatsanzeiger

Personeller Teil

Ernennungen, Versetzungen, Zuruhesetzungen usw der planmäßigen Beamten

Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern

Versetzt:

Verwaltungsobersekretär Karl **Geier** beim Bezirksamt Karlsruhe zu jenem in Mannheim.

Ministerium des Kultus und Unterrichts

Ernannt:

Oberlehrer Theodor **Schuh** in Wertheim zum Rektor daselbst.

Ministerium der Finanzen

Forstabteilung

Übertragen:

Dem Forstrat Wilhelm **Reftle** in Stühlingen das Forstamt Ettlingen, dem Forstrat Dr. Eugen **Biehler** in Waldkirch das Forstamt Stühlingen, dem Forstrat Emil **Wiswesser** in Neckarschwarzach das Forstamt Waldkirch, dem Forstrat Max **Rochlitz** in Pfullendorf das Forstamt Tauberbischofsheim, dem Forstrat Albrecht **Stürmer** in Tauberbischofsheim das Forstamt Pfullendorf.

Ernannt:

Zu Forsträten die Forstassessoren Otto **Woche** in Karlsruhe und Franz **Jäger** in Waldkirch.

Gestorben:

Hauptlehrer Jakob **Wetterauer** in Hagsfeld, Leonhard **Richter**, Hauptlehrer an der Volksschule in Mannheim.

Erich Rudolffs
Möbelschau
im Markgräflichen Palais
Rondellplatz
ist und bleibt
die beste Beratungsstelle für den Möbelkauf
Eintritt frei
Freie Lieferung — Zahlungserleichterung
Geöffnet: ½9—7 Uhr G.891
Ca. 120 Musterzimmer
Bis dem Ratenkaufabkommen der Beamtenbank angeschlossen

Garantiert nächste Woche

Hier bei: Lotterie-Einnehmer Zwerg und Maier, Kern, Weil

Für nur 50 ₰ bei der
BADISCHEN-WOHLTÄTIGKEITS-GELD-LOTTERIE
4000
M. ZU GEWINNEN, ZUSAMMEN
10000
1 L. 50 ₰ 1/1 L. 5 M. PORTO U. LISTE 30 ₰
ZIEHUNG SICHER 22. NOV. 27.
SOFORTIGER GEWINNENTSCHEID
1 L. ZU 50 ₰ 1/1 L. 5 M. U. 1 L. ZU 1 M.
1/1 L. 10 M. PORTO 20 ₰ EMPFIEHLT
Stürmer MANNHEIM 07. 11.
POSTSCHK. 17043 KARLSRUHE
U. ALLE LOSGESCHÄFTE

Hier bei: Lotterie-Einnehmer Zwerg und Maier, Kern, Weil G.847

Rechnungsbeamten-Stelle.

Beim **Katholischen Oberstiftungsrat** ist die planmäßige Stelle eines **Rechnungsbeamten** (Gruppe VII mit Aussicht auf baldiges Aufrücken nach VIII) alsbald zu besetzen. Katholische Bewerber mit Prüfung für den mittleren gehobenen Finanzverwaltungsdienst wollen sich alsbald schriftlich melden. G.880

Mosbacher Zuchtvieh-Lotterie

Bei der am 26. Oktober 1927 stattgehabten Ziehung wurden folgende Nummern mit den dabei vermerkten Gewinnen gezogen: **A Gewinne von 100 bis 1500 Mark:** 3456 (800) 7087 (200) 9004 (200) 10915 (100) 15408 (200) 18487 (1500) 19208 (200). — **B Gewinne zu 50 Mark:** 9930 10356 12396 15499. — **C Gewinne zu 10 Mark:** 428 1216 3549 3805 4438 4997 5476 6288 6507 6522 6890 7694 7907 7976 8273 10376 10379 13876 14037 14242 14523 14550 14595 14694 14838 15362 17004 17800 18299 19782. — **D Gewinne zu 5 Mark:** 612 646 842 1316 1909 1992 1999 2120 3539 3769 5051 5392 5964 6022 7752 8772 10436 10656 10697 10791 10822 11580 12235 12506 12846 13299 13943 14121 14249 14473 14775 14826 14960 15149 15464 15467 16694 17211 18071 19014. — **E Gewinne zu 2 Mark:** 81 125 171 217 233 390 434 650 726 808 981 1081 1125 1167 1171 1182 1195 1217 1233 1260 1275 1295 1298 1509 1567 1743 2060 2081 2167 2171 2233 2260 2453 2589 2783 2791 2903 2989 3081 3233 3298 3553 3712 4186 4217 4567 4650 4726 4909 5048 5081 5125 5167 5171 5191 5195 5217 5233 5509 5567 5572 5651 5706 5921 6125 6167 6171 6298 6531 6651 7051 7981 7125 7233 7298 7371 7385 7598 7726 7774 8053 8081 8125 8171 8191 8298 8362 8501 8538 8651 8714 8726 8843 9038 9081 9124 9125 9167 9171 9217 9233 9260 9726 9792 9822 9840 9954 10012 10020 10026 10066 10081 10086 10125 10167 10171 10205 10217 10233 10260 10298 10331 10374 10401 10574 10707 10723 11081 11086 11217 11233 11260 11298 11403 11409 11651 11957 12023 12035 12081 12125 12171 12202 12217 12233 12248 12260 12567 12572 12650 12726 13125 13167 13298 13634 13651 13726 13784 13839 13868 13894 14022 14081 14108 14125 14167 14174 14215 14217 14233 14260 14269 14298 14350 14567 14650 14651 14699 14701 14726 14766 14850 14890 14899 15047 15081 15125 15167 15171 15217 15233 15260 15298 15301 15343 15567 15651 15784 16034 16081 16167 16217 16233 16253 16290 16293 16298 16410 16650 16651 16670 16685 17081 17125 17167 17171 17217 17226 17233 17260 17270 17277 17298 17517 17567 17578 17651 17726 17731 17766 17842 17964 18081 18125 18167 18217 18233 18260 18298 18567 18650 18816 19125 19207 19372 19540 19650 19651 19726 19790

Die Auszahlung erfolgt durch

Eberhard Fetzer, Karlsruhe i. B., Ostendstr. 6.

Bekanntmachung.

An Stelle des verstorbenen Bezirksrats Anton Knopf ist für die restliche Amtsdauer der nächste Bewerber der gleichen Vorschlagsliste: **Oberfinanzrat** Dr. **Franz Fetzer, Karlsruhe, Kaiserstr. 4**, zum Bezirksrat ernannt worden. L.903

Karlsruhe, den 11. November 1927. O.-Z. 139

Bad. Bezirksamt.

Herstellung der Fabrik- und Kurfürstenstraße in Friedrichsfeld; Enteignung.

Das Staatsministerium hat mit Entschließung vom 19. Oktober 1927 Nr. 11558 ausgesprochen, daß die Eigentümer der Grundstücke Lgb. Nr. 572, 573a, 573c, 574 gemäß § 31 des Enteignungsgesetzes verpflichtet sind, von ihren Grundstücken die Grundstücksteile Lgb. Nr. $\frac{572}{2}$ mit 39 qm, $\frac{573}{9}$ mit 35 qm, $\frac{573}{11}$ mit 57 qm, $\frac{574}{3}$ und $\frac{574}{2}$ mit 2 ar 25 qm zu dem Ausbau der Fabrik- und Kurfürstenstraße in Friedrichsfeld nach Maßgabe des Meßbriefs des Vermessungsamts Mannheim vom 30. Juni 1927 gegen angemessene Entschädigung an die Stadtgemeinde Friedrichsfeld abzutreten. L.900

Mannheim, den 7. November 1927.

Badisches Bezirksamt — Abteilung II.

Pianos
Ludwig Schweisgut
Karlsruhe i. B.
Erbprinzenstraße 4 beim Rondellplatz
Flügel
Pianinos 724
Harmoniums
Nur beste Fabrikate
Sehr mäßige Preise
Umtausch alter Klaviere

Das Werden der Alpen
Eine erdgeschichtliche Einführung
von
L. Kober

Dieses Buch gibt ein geschlossenes und sehr anschauliches Bild der erdgeschichtlichen Vorgänge. Über der Schilderung gewaltiger Erdumwälzungen, die keinerlei geologische Fachkenntnisse voraussetzen, liegt etwas von der Stimmung des Hochgebirgswanderers, die das reichbebilderte und schön ausgestattete Werk zu einer spannenden und vorzüglichen Einführung in die neuesten Ergebnisse der Alpenforschung macht

IV, 89 Seiten mit 24 Abb. und 3 Tafeln

Preis broschiert 3,90 *RM* gebunden 4,50 *RM*

Das ganze Werk ist auf Kunstdruckpapier gedruckt

Verlag G. Braun in Karlsruhe

Bürgerl. Rechtspflege

Streitige Gerichtsbarkeit

L.898. **Sinsheim. Jakob Schmidt**, Taglöhner in Sinsheim, wurde durch Beschluß des Amtsgerichts Sinsheim vom 8. November 1927 wegen Trunksucht entmündigt. 8. Nov. 1927. **Amtsgericht Sinsheim.**

L.899. **Lahr.** In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Maurermeisters **August Spiesberger** in Lahr ist Termin zur Verhandlung über den vom Gemeinschuldner gemachten Zwangsvergleichsvorschlag bestimmt auf: **Mittwoch, den 7. Dezember 1927, vorm. 9 Uhr,** vor dem Amtsgericht II Lahr, 2. Stock, Zimmer 31.

Der Vergleichsvorschlag ist auf der Gerichtsschreiberei zur Einsicht der Beteiligten niedergelegt. AZ. II. K. 5/25.

Lahr, den 9. November 1927.

Amtsgericht.

Versch. Bekanntmachungen

Papierholz-Verkauf.

Das **Badische Forstamt St. Märgen** (Bad. Schwarzwald) verkauft freihändig **728 Ster Papierholz** in 2 Losen. Losverzeichnisse durch das Forstamt. Termin für Einreichung der Angebote: **Montag, den 21. November, vormittags 11 Uhr.** L.909

Güterrechtsregister.

Karlsruhe. L.906

Güterrechtsregistereinträge.

1. Zu Band XI Seite 480: **Bräuer** Reinhard, Betriebsleiter, Karlsruhe, und Rosa geb. Nabold. Vertrag vom 4. November 1927. Gütertrennung. 10. 11. 1927.

2. Seite 481: **Grimm** Otto, Kaufmann, Karlsruhe, und Elsa geb. Hüttisch. Vertrag vom 10. November 1927. Gütertrennung. 11. 11. 1927.

3. Seite 482: **Schüßler** Eugen, Kaufmann, Karlsruhe und Marie geb. Brennenstuhl. Vertrag vom 19. September 1927. Gütertrennung. 12. 11. 1927.

Bad. Amtsgericht.

Offenburg. L.907

Güterrechtsregister-Eintrag Band II Seite 252: **Hördt**, Kaufmann in Offenburg, und Anna geb. Mauch. Durch Vertrag vom 8. Oktober 1927 ist Errungenschaftsgemeinschaft u. Vorbehaltsgut der Ehefrau vereinbart. Offenburg, den 10. November 1927. **Bad. Amtsgericht.**

Badisches Landestheater

Mittwoch, 16. Novemb. 1927
* A 9. Th.-Gem. 201—300 und 401—500

Der Diktator
von Romains
In Szene gesetzt von Ulrich von der Trenck

Denis	Hierl
Fereol	Dahlen
König	Leitgeb
Murrey	Höcker
Mottelé	Brand
Bischof	Prüter
Luzac	Graf
Richard	Kloeble
Siblet	Herz
Fiorigny	Schulz-Breiden
Erster Mann	Müller
Zweiter Mann	Schneider
Kammerherr	Weidner
Kanzleichef	Rehner
Reiße	Gemmecke
Königin	Ermarth
Madeleine	Mietens
Jeanne	Rademacher
Frau	Genter
Schreibfräulein	Lautenschläger

Anfang 8 Ende gegen 10½
I. Rang und I. Sperrsitz 5 *RM*.

Do. 17. Nov.: **Zwölftausend**
Fr. 18. Nov.: **Boris Godunow**

Druck G. Braun, Karlsruhe